

Die Leistungslüge: Rezension zu "Vom Ende des Gemeinwohls" von Michael J. Sandel

Nullmeier, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nullmeier, F. (2020). Die Leistungslüge: Rezension zu "Vom Ende des Gemeinwohls" von Michael J. Sandel. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82811-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Frank Nullmeier | Rezension | 02.11.2020

Die Leistungslüge

Rezension zu „Vom Ende des Gemeinwohls“ von Michael J. Sandel



Michael J. Sandel

**Vom Ende des Gemeinwohls . Wie die
Leistungsgesellschaft unsere Demokratien
zerreißt**

Deutschland

Frankfurt am Main 2020: S. Fischer

441 S., EUR 25,00

ISBN 978-3-10-390000-2

Als der britische Soziologe Michael Dunlop Young 1958 den ursprünglich satirisch gemeinten Begriff der „Meritokratie“ („meritocracy“) in die sozialwissenschaftliche Diskussion einführte,¹ wollte er damit eine neue, sich schon in Grundzügen abzeichnende Herrschaftsform bezeichnen. Die Pointe von Youngs Kritik am Aufstieg der Gebildeten bestand in der bitteren Prophezeiung, dass er nicht die bestehenden sozialen Ungleichheiten mildern, sondern den Dünkel und die Selbstgewissheit der nunmehr zu Recht, weil aufgrund ihrer Leistungen herrschenden Eliten weiter stärken werde (S. 185). Auch der weniger herrschaftskritische deutsche Begriff der „Leistungsgesellschaft“ war zunächst negativ besetzt. Leistung galt auch hierzulande als kaum fixierbarer Maßstab, der letztlich nur den faktischen Markterfolg adelte. Erst in den 1980er-Jahren vollzog sich ein Einstellungswandel, in dessen Verlauf sich allmählich eine positive Bewertung durchsetzte. Leistung wurde nun zunehmend mit Bildung assoziiert. Die Kritik am Leistungsbegriff schlug um in die Affirmation einer vermeintlich offenen Gesellschaft, die jedem Menschen eine faire Chance zum Aufstieg mittels Bildung versprach. Die anfangs negativ konnotierte Leistungsgesellschaft avancierte so allmählich zu einem Ideal, das zu seiner Realisierung allerdings der regulierenden Macht des Staates bedurfte: Ihm oblag es, durch geeignete Fördermaßnahmen die Benachteiligung in den Startpositionen zu kompensieren. Ins

Zentrum rückte dabei die Forderung nach „Bildung, Bildung, Bildung“ (Toni Blair; zit. S. 138).

Dieser Ansatz zur Lösung des Problems der sozialen Ungleichheit, so der in Harvard lehrende Philosoph und Gerechtigkeitstheoretiker Michael Sandel, ist aber alles andere als neutral. Wie er in seinem neuen Buch zeigt, kommt im Glauben an die Möglichkeit der sozialen Mobilität durch (höhere) Bildung vor allem das Klassenselbstverständnis der in der Bildungsexpansion entscheidend gewachsenen Gruppe der Akademiker*innen zum Ausdruck. Sandel argumentiert mit Verve gegen diese Fixierung auf das Bildungsideal, weil sie diejenigen Menschen, die am Bildungssystem scheitern, implizit abwertet und ihnen das Gefühl vermittelt, sie hätten sich nicht genügend angestrengt und seien für ihren Misserfolg selbst verantwortlich. Er wendet sich damit gegen den Glaubenssatz „Jeder ist seines Glückes Schmied“, da dieser im Umkehrschluss allen, die über eine schlechte Ausbildung verfügen oder sich in einer prekären ökonomischen Lage befinden, die Botschaft übermittle, sie hätten ihr Schicksal gleichsam ‚verdient‘. Es sind vor allem die psychosozialen Folgen, die den Gerechtigkeitstheoretiker Sandel zu seiner Kritik des liberalen Amalgams von Bildung, Verdienst und Leistung bewegen. Damit plädiert Sandel mitnichten dafür, den Zugang zu höherer Bildung zu erschweren. Seine Thesen entspringen auch keinem Ressentiment gegen Bildung oder einer anderen Form von Antiintellektualismus. Sandel will vielmehr die Widersprüche zwischen der Ideologie und der Realität einer auf dem Ideal der (höheren) Bildung gründenden Leistungsgesellschaft vor Augen führen und nach Wegen aus dieser meritokratischen Herrschaftsform suchen.

In seinem Buch, dessen Originaltitel *The Tyranny of Merit* lautet, verbindet Sandel seine philosophische Argumentation auf höchst eindrückliche Weise mit einer Diagnose des sozialen und politischen Zustandes der USA. Mit Blick auf die politische Stoßrichtung lässt sich das Buch unschwer als Beitrag zur Populismusdebatte lesen, die in den USA immer auch eine Debatte über die Gründe für Donald Trumps Wahlerfolg von 2016 und über die Fehler der Obama-Clinton-Administration ist. Sandel deutet den Populismus als eine Reaktion auf die technokratische Politik der Mitte-Links-Demokraten, denen es an Wertschätzung für die Arbeiter gefehlt habe und die mit ihrem Ruf nach mehr Chancengleichheit via Bildung nur die Demütigung jener verstärkt hätten, die gar nicht darauf hoffen können, auf diesem Weg jemals Erfolg zu haben (S. 33–37). Den Vormarsch des Populismus dies- und jenseits des Atlantiks betrachtet Sandel dabei weder als vorrangig ökonomisches noch als vorrangig kulturelles Phänomen; in seinen Augen sind weder Arbeitslosigkeit noch Rassismus die dominanten Ursachen der populistischen Welle, die in den USA Trump und in England Boris Johnson in ihr jeweiliges Amt gespült hat. Ihm

zufolge ist es vielmehr die massenhaft gemachte Erfahrung der Missachtung, des Übersehenwerdens (bei gleichzeitiger Einkommensstagnation), die für die Frustration und das Ressentiment insbesondere weißer Arbeiter verantwortlich ist. Sein an die Demokraten in den USA und an die sozialdemokratischen Parteien in Europa gerichteter Vorwurf lautet kurzgefasst: „In den USA strichen die reichsten zehn Prozent den größten Teil der Gewinne ein, die untere Hälfte bekam praktisch nichts ab. Liberale und progressive Parteien der 1990er und 2000er gingen diese Ungleichheit nicht direkt an, etwa über eine strukturelle Reform der Wirtschaft. Stattdessen übernahmen sie die marktgetriebene Globalisierung und versuchten, die ungleichmäßig verteilten Vorteile dadurch abzumildern, dass sie eine umfassende Chancengleichheit anstrebten.“ (S. 137)

Sandel zufolge war dieses Vorgehen in doppelter Hinsicht defizitär: Zum einen blieb der erwartete Erfolg aus – oder wurde nicht ernsthaft genug verfolgt –, und zum anderen beinhaltete das propagierte Ideal der Chancengleichheit immer nur die vage Aussicht auf größere soziale Mobilität, aber gerade nicht das Versprechen von mehr Gleichheit der Einkommen, des Vermögens oder der Lebensumstände. Seiner Ansicht nach lässt sich der Wahlerfolg Donald Trumps daher auf die Durchsetzung der Bildungsmeritokratie zurückführen. In seinen Augen handelt es sich beim populistischen Wählerverhalten um eine durchaus legitime Reaktion auf die doppelte Marginalisierung durch eine neoliberale Globalisierungspolitik und deren Weiterführung durch die Demokraten mit ihrer Bildungs- und Chancengleichheitsrhetorik (S. 116). Die Demokraten werden, anders als etwa bei Mark Lilla,² nicht wegen ihrer vermeintlich überzogenen Identitätspolitik und ihrer LGBT*-Orientierung kritisiert, sondern wegen ihrer Beschwörung der Chancengleichheit, die für Sandel das ideologische Pendant zum Neoliberalismus und dem mit seinem Siegeszug einhergehenden Aufstieg der neuen Bildungsklasse darstellt (S. 101–103).

In den zahlreichen empiriegesättigten Passagen des Buches befasst sich Sandel vor allem mit der sozialen Mobilitätsideologie der Obama-Clinton-Administration und mit dem US-amerikanischen Hochschulsystem, in dem er einen zentralen Stützpfeiler der meritokratischen Gesellschaftsstruktur sieht. Mit Hilfe des Archivs der Präsidentenreden zeigt er, in welchem Maße gerade Barack Obama in seinen Reden immer wieder den Mythos vom gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung bemühte, damit aber die Realität der meisten Amerikaner*innen verfehlte. Sandel kritisiert den ehemaligen Präsidenten der USA dafür, dass er mit seinem Lob der Leistung nicht nur Möglichkeiten sozialer Mobilität beschworen, sondern auch reale Ungleichheiten legitimiert habe. Die Verlierer*innen im Bildungswettbewerb seien durch den von Obama häufig verwendeten Gegensatz „smart“ versus „dumb“ (vgl. S. 148–151) ebenso abgewertet worden wie durch das Attribut

„intelligent“, mit dem er alles politisch Wünschenswerte markiert habe (S. 172). Technokratie und Meritokratie seien bei Obama eine enge Verbindung eingegangen (S. 168), der Verweis auf Fakten und wissenschaftliche Befunde habe oft den Meinungskampf und das Werben um Unterstützung (S. 178) ersetzt.

Abgesehen von den bis 2017 regierenden Demokraten richtet Sandel sein kritisches Augenmerk vor allem auf das Zulassungssystem der US-amerikanischen Elite-Universitäten. Dabei zeigt er, auf welche Weise die vorhandenen Verfahren und Prüfungen, die eine Rekrutierung nach Herkunft und Einkommen eigentlich ausschließen sollen, genau das Gegenteil bewirken: Demnach reproduzieren die Leistungstests das Übergewicht der Kinder bestverdienender Eltern sogar noch stärker als die Schulabgangsnoten, die in den USA weniger bedeutsam sind als etwa in den deutschen Zugangsverfahren zu Numerus-Clausus-Fächern. Der Aufwand zur Vorbereitung auf die Tests und Eingangsgespräche hat ein solches Ausmaß erreicht, dass – allen Beschwörungen der Chancengleichheit zum Trotz – immer öfter Geld und elterliches Bildungskapital den Ausschlag geben. Sandel zufolge lässt das System der Elitehochschulen, das auch die staatlichen Hochschulen in den sich verschärfenden Konkurrenzkampf hineinzieht, die soziale Auslese derart in den Vordergrund treten, dass die genuine Bildungsfunktion der Hochschulen dahinter zurücktrete (S. 291). Es herrsche eine naive Zeugnisgläubigkeit („credentialism“) – ein sperriger Begriff, für den die deutsche Übersetzung mit „Kredentialismus“ auch kein passendes Pendant gefunden hat (S. 131 ff.). Auch wenn die Analyse selbst keineswegs neu ist, so ist doch die Schärfe bemerkenswert, mit der Sandel die Fixierung auf Zeugnisse und Zertifikate als Vorurteil der akademischen Mittelschichten anprangert (S. 153). Es ist die soziale und politische Kehrseite dieser Hochschätzung von Bildung und Bildungsanstrengung, die seinen Zorn auf sich zieht – die Zuschreibung des vermeintlichen individuellen Versagens an jene, die es nicht an die (besten) Hochschulen geschafft haben.

Was man in Sandels Buch leider nicht findet, ist eine Antwort auf die Frage, warum diese Bildungsmeritokratie mit der Vorherrschaft einer weithin unregulierten Unternehmenslandschaft, der dramatisch gewachsenen Bedeutung des Finanzsektors und der Silicon-Valley-Technologiefirmen faktisch und ideologisch so gut zusammenstimmt. Der Einklang von Neoliberalismus und Bildungsmeritokratie wird von ihm lediglich unterstellt, aber nicht belegt. Bei ihm stehen die entwürdigte Arbeiterschaft und die Bildungselite einander weitgehend unvermittelt gegenüber. Dritte Mitspieler – man denke etwa an das Drei-Klassen-Modell von Andreas Reckwitz³ oder an die Gruppe derjenigen, die in wirtschaftsnahen Dienstleistungssektoren arbeiten oder im Dienstleistungsprekariat verharren – gibt es bei Sandel nicht. Ähnlich wie bei Mark Lilla sind auch bei ihm die

weißen (Industrie-)Arbeiter die Benachteiligten und Ignorierten. Hier sind beide Autoren einer Vorstellung der US-amerikanischen Sozialstruktur und der Wählerstruktur der Demokraten verhaftet, die auf die alten Kerngruppen des Industriezeitalters rekurriert. Wenn Sandel in den Schlusskapiteln seines Buches die Würde des Arbeiters und den Primat der Produktion betont sowie Kritik an der unproduktiven Finanzwirtschaft im Unterschied zur produktiven Realwirtschaft übt, dann muten seine Ausführungen vor dem Hintergrund der inzwischen vollzogenen Veränderungen in Ökonomie und Sozialstruktur bestenfalls nostalgisch an. Das Lob des Handgefertigten, Produktiven erinnert an Clint Eastwoods Film „Gran Torino“.

Wer Sandels Buch politisch verorten möchte, kann es auf den Stapel jener Beiträge legen, die eine Rückbesinnung auf die Arbeiterschaft fordern, um die Krise der Demokraten (in den USA) beziehungsweise der Sozialdemokratie (in Europa) zu überwinden. Doch mit einer solchen, rein politisch-strategischen Einordnung täte man der Monografie Unrecht. Überzeugend ist Sandel vor allem dort, wo er zu den psychosozialen Dynamiken und zur normativen Theorie der Leistungsgesellschaft Stellung nimmt.

Sandel versucht, die populistischen Erfolge auf beiden Seiten des Atlantiks zu erklären und nutzt dazu eine an Hegels Herr-Knecht-Dialektik erinnernde Theorie des emotionalen Verlangens gesellschaftlicher Gruppen. Demnach streben die Erfolgreichen und Wohlhabenden nach einer Rechtfertigung ihrer gesellschaftlichen Stellung. Es genüge ihnen nicht, einfach nur Glück gehabt oder sich geschickt hochgemogelt zu haben oder Erbe eines Vermögens zu sein. Um ein Selbstbild zu entwickeln, das der eigenen Persönlichkeit sozialen Halt bietet, müssten sie davon überzeugt sein, sich ihre Position und ihr Einkommen verdient zu haben. Es treibe sie ein Legitimationsverlangen, das sich weder durch die Höflichkeit noch durch die Unterwürfigkeit anderer stillen lasse. Die Anerkennung durch Untergebene oder Dritte sei zweitrangig, weil es ihnen allein um die Rechtfertigung vor sich selbst gehe. Die Angehörigen der Elite seien darauf aus, sich selbst als alleinige Urheber ihres Glücks zu sehen. Verdienst sei dabei – versetzt mit Spuren eines religiösen Vorsehungsglaubens (S. 66 ff.) – die zentrale Kategorie. Die eigene Stellung solle sich ganz dem individuellen Streben und Leisten verdanken, nur dann könnten sie das Gefühl haben, aller Reichtum, alle Bildung, alles Glück seien ‚verdient‘. Ein solches Maß an Selbstgerechtigkeit hatte selbst ein Marktliberaler wie Friedrich August von Hayek den Wirtschaftseliten nicht zugestanden (S. 201). Markterfolg war für ihn kein persönlicher Verdienst, sondern das unpersönliche Ergebnis günstiger Konstellationen von Angebot und Nachfrage, weshalb Leistungsgerechtigkeit in seinen Augen keine (moralische) Rechtfertigung einer unternehmerischen Elite darstellen konnte. Aus eben diesem Grund

aber dürfte die Vorstellung einer auf (vermeintlich objektiven) Bildungszertifikaten beruhenden Meritokratie für viele ihrer Profiteure so attraktiv sein: Anders als Markterfolg lässt sich Bildung schließlich sehr viel leichter als eigener Verdienst interpretieren.

In dem Maße aber, in dem Bildung als Leistungsmaßstab gesellschaftlich durchgesetzt wird, vergrößert sich auch die psychosoziale Wirkung auf die große Mehrheit derjenigen, denen ein Zugang zu den höheren Rängen der Bildungshierarchie verwehrt bleibt. Sie können sich auch in ihrer Selbstwahrnehmung immer schwerer der gesellschaftlich nahegelegten Deutung verschließen, dass ihr mangelnder Erfolg selbstverschuldet ist. Gesellschaftliche Geringschätzung geht mit Selbstabwertung einher. Das Ideal der Meritokratie und seine Verwirklichung spaltet die Gesellschaft also gleich in zweifacher Hinsicht – psychologisch und moralisch. Sie leistet der Hybris der Eliten und ihrer Verachtung für die weniger erfolgreichen Mitglieder der Gesellschaft Vorschub, und sie befestigt die Ohnmachtsempfindungen derjenigen, die nicht nur unten stehen, sondern ihre prekäre soziale Lage auch noch als selbstverantwortet begreifen sollen. Die negativen Folgen dieser Psychodynamik dürften dabei weit über den Kreis der Industriearbeiterschaft hinausgehen.

Sandels argumentative Auseinandersetzung mit der normativen Geltung der Kategorien von Verdienst und Leistung, die letztlich den philosophischen Kern des Buches ausmacht, ist dreistufig: Zunächst nimmt er das Ideal der Leistungsgesellschaft ernst und misst die gesellschaftliche Realität daran. Als Resultat ergibt sich das Bild einer in vielerlei Hinsicht unvollkommenen, deformierten Leistungsgesellschaft. Sodann führt er vor, welche (negativen) Folgen der Ruf nach Chancengleichheit zeitigt: Er vertieft die Gräben in der Gesellschaft und befördert die soziale Ungleichheit, statt sie zu verringern. So wird aus der vermeintlich gerechten Leistungsgesellschaft ein zwar kaum erreichbares, aber gesellschaftlich gleichwohl immer noch wirksames Wunschbild. Hier setzt der dritte und entscheidende Argumentationsschritt an (S. 191): Demnach wäre eine Meritokratie selbst dann keine attraktive gesellschaftliche Ordnung, wenn alle ihre Deformationen durch ein vollkommenes System der Chancengleichheit beseitigt werden könnten. Die Leistungsgesellschaft selbst, nicht ihre Unvollkommenheit, ist für Sandel die wahre Ursache der von ihm identifizierten Übel.

Sandel belässt es aber nicht bei der Kritik, sondern bemüht sich auch um praktische Auswege aus der Unvollkommenheit der Leistungsgesellschaft und der Meritokratie. Um die bestehenden Ungleichheiten zu mildern und den Glauben an die Leistungsgesellschaft zu schwächen, schlägt er vor, das Zulassungssystem der Hochschulen dahingehend zu

verändern, dass aus einer großen Zahl von generell qualifizierten Bewerber*innen mittels Los diejenigen bestimmt werden, die an einer bestimmten Hochschule studieren können. Dieses gemischte Leistungs-/Lotteriesystem soll die Selbstsicht der Studierenden brechen, dass es allein ihr Verdienst sei, wenn sie es an eine der Elitehochschulen geschafft haben (S. 295 ff.). Der Entwertung der produktiven Arbeit will Sandel hingegen mit einer Senkung der Lohnsteuer begegnen, die durch die gleichzeitige Einführung einer als „Sündensteuer“ auf Spekulationsgeschäfte“ (S. 352) bezeichneten Finanztransaktionssteuer gegenfinanziert werden soll, um so die ökonomischen Ungleichheiten des rigiden Leistungssystems wenigstens abzumildern.

Doch Sandel genügt es nicht, die Unvollkommenheit der Leistungsgesellschaft zu bekämpfen, vielmehr stellt er diese selbst grundlegend infrage: „Chancengleichheit ist ein moralisch notwendiges Korrektiv für Ungerechtigkeit. Doch sie ist ein begleitendes Prinzip, nicht das zugrunde liegende Ideal einer guten Gesellschaft.“ (S. 356) Als Gegenmodell zur meritokratischen Leistungsgerechtigkeit entwickelt Sandel das Konzept der „Beitragsgerechtigkeit“ („contributive justice“). Zwar begegnet einem der Begriff aus der deutschen Übersetzung hierzulande nur in der Literatur zur Gestaltung des Krankenkassenbeitrags, doch ist er für Sandels Konzept zutreffender als die gebräuchlicheren Vokabeln der „Beteiligungsgerechtigkeit“ oder der „Teilhabegerechtigkeit“. Denn Sandel geht es in der Tat darum, den Beitrag jedes Einzelnen zum (moralisch verstandenen) Gemeinwohl zur Grundlage von sozialem Zusammenhalt, Verteilung und sozialer Wertschätzung zu erheben. Allerdings schleicht sich in diese bedenkenswerte Überlegung ausgerechnet der Begriff des „Produktiven“ als Bewertungsmaßstab des Gemeinwohls ein (S. 345). Hier mutet Sandels Argumentation, wie schon in der Auseinandersetzung mit der Entwürdigung der Arbeit und der Arbeiterklasse, erstaunlich gestrig an. Schließlich könnte man anstelle von Produktivität auch ökologische Verträglichkeit, solidarische Zusammenarbeit oder menschliche Zugewandtheit als Werte eines nicht primär ökonomisch, sondern moralisch definierten Gemeinwohls postulieren: Auf diese Weise ließe sich etwa der Beitrag von Care-Arbeit zum Gemeinwohl würdigen, während umweltzerstörende oder klimaschädliche Unternehmungen demzufolge einen Negativbeitrag zum Gemeinwohl leisteten. Die von Sandel adressierte Gruppe der Arbeiter, beispielsweise diejenigen in der (noch nicht transformierten) Automobilindustrie, würden allerdings auch in einer solchen Gemeinwohlbeitragsgesellschaft eine Abwertung erfahren. Seine theoretische Alternative vermag die von ihm aufgezeigten negativen psychosozialen Dynamiken also auch nicht zu vermeiden. Auch die Gemeinwohlgesellschaft bleibt eine Leistungsgesellschaft. Letztlich tauscht er nur den Maßstab von Leistungen oder besser: Verdiensten aus. An die Stelle der Bildungszertifikate und Markterlöse treten Beiträge zu

einem moralisch definierten Gemeinwohl. Aber auch in diesem System sind Auf- und Abwertungen vorhanden. Wer nichts beiträgt, ‚verdient‘ es auch in dem von Sandel entworfenen Gesellschaftsmodell nicht, entlohnt und wertgeschätzt zu werden. Ganz gleich, ob es andere oder dieselben Bevölkerungsgruppen trifft: Auch seine moralische Leistungsgesellschaft ist nicht frei von Ungleichheiten, moralischer Auf- und Abwertung, Überheblichkeit und Ohnmacht.

Ungeachtet der vorstehend genannten Einwände ließe sich aber auf folgende Weise an Sandels Überlegungen anknüpfen: Man nutzt das Konzept der Beitragsgerechtigkeit und definiert das Set ökologisch und sozial verträglicher Beiträge – und zwar unabhängig von ihrem Marktwert. Politisch wäre dann der gesellschaftliche Wert von SUV-Käufen, Kreuzfahrten oder Ski-Urlaube zu diskutieren – um nur einige Reizthemen der aktuellen, markt- und wachstumskritischen Nachhaltigkeitsdebatte zu nennen. Die Konsequenz daraus wäre, die Bereitstellung der entsprechenden Güter, Dienste und Infrastrukturen nicht mehr dem Markt zu überlassen, sondern strengen gesetzlichen Vorgaben zu unterwerfen. Ein solches Vorhaben dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit zu Polarisierungen und heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen, die das gewohnte bundesrepublikanische Maß politischer Konflikte deutlich überstiegen, weil hier nicht nur einzelne Unternehmen, sondern ganze Branchen – und damit auch Städte und Regionen – Gefahr liefen, ihre wirtschaftliche Grundlage zu verlieren, und Verbraucher damit rechnen müssten, ihren lieb gewonnenen Lebens- und Konsumgewohnheiten zu entsagen. Die Abkehr von einer marktlichen Bewertung des Gemeinwohls bedeutete dabei keineswegs eine generelle Abkehr vom Kapitalismus, sondern nur eine sektorale Umsteuerung desselben. Aber selbst dafür müsste der Staat in bisher ungekanntem Ausmaß in die Rahmenbedingungen von Produktion und Konsum eingreifen. Die von Sandel beklagte Spaltung zwischen gutverdienenden Akademiker*innen einerseits sowie Mittel- und Niedrigverdiener*innen andererseits dürfte damit voraussichtlich nicht überwunden, sondern eher noch vertieft werden.

Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit, an Sandels Theorie anzuschließen und sie weiterzudenken: Diese Variante implizierte eine entschiedene Zurückweisung jeder Art von Äquivalenzbeziehung zwischen der Leistung, dem Beitrag oder den Fähigkeiten einer Person einerseits und jedweder Form von Entlohnung andererseits, sei es nun gesellschaftliches Ansehen, Wertschätzung, Einkommen oder Vermögen. Der Witz dieser Variante bestünde folglich in dem konsequenten Verzicht auf jeden Versuch, mit Hilfe eines Gerechtigkeitsprinzips eine Relation zwischen dem Tun einer Person und ihrer Entlohnung herzustellen. Die Begründung lautete, dass derartige Relationen generell nichts mit

Gerechtigkeit zu tun haben, weil allen Menschen ein Recht auf Anerkennung als Freie und Gleiche und damit auch auf Wertschätzung ihrer je spezifischen Befähigungen zukommt. Eine derartige Entkopplung von Beitrags- und Leistungsprinzip böte nicht zuletzt deshalb Vorteile, weil jede noch so gut gemeinte Bezugnahme auf Reziprozitäten oder einen moralischen Beitrag zum Gemeinwohl Exklusionen erzeugt. Nicht Marktleistung, nicht Bildungsleistung, auch kein Gemeinwohlbeitrag – nichts wäre in der Lage, Ungleichheiten zu legitimieren. Was bliebe, wären individuelle Differenzen, die sich über eine Kultur der wechselseitigen Wertschätzung auffangen ließen und die eine Welt der Diversität und Alterität ermöglichen – eine Vorstellung, die allerdings denkbar weit entfernt ist von den Wirklichkeiten einer im Wesentlichen geldbasierten Gesellschaft. Aber jeder Versuch, im Anschluss an Sandels Überlegungen alternative normative Welten zu konstruieren, sieht sich unweigerlich mit der Frage konfrontiert, wie die detailliert beschriebenen Verhaltensweisen der meritokratischen Mittelschichten (und der von ihm völlig ausgeblendeten plutokratischen Oberschicht) sich überhaupt ändern lassen sollen. Sandel hofft, dass eine starke Gemeinwohlorientierung zur leitenden Motivation der US-amerikanischen Gesellschaft werden könnte. Doch die Kategorie des Gemeinwohls bleibt im ganzen Buch auffällig unbestimmt. Seine überzeugende Kritik der Meritokratie als Ideologie der akademischen Klassen und als soziale Realität des Selektionssystems Hochschule mündet schließlich in den Appell, die Leistungsfixierung aufzugeben. Ob sein Appell Gehör findet? Die Studierenden in Harvard konnte er jedenfalls nicht zu einer Abkehr vom Ideal der Meritokratie bewegen – möglicherweise, weil sie zu viel zu verlieren haben.

Endnoten

1. Vgl. Michael Dunlop Young, *The Rise of the Meritocracy 1870–2033. An Essay on Education and Equality*, London 1958
2. Vgl. Mark Lilla, *The Once and Future Liberal. After Identity Politics*, New York 2017. Siehe dazu auch Frank Nullmeier, [Once Upon a Time in the West](#), in: [Soziopolis](#), 18.12.2017.
3. Vgl. Andreas Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019.

Frank Nullmeier

Prof. Dr. Frank Nullmeier ist Politikwissenschaftler am SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. 2021 hat er eine Monografie zum Thema „Process Tracing und kausale Mechanismen. Perspektiven qualitativer Politikforschung“ vorgelegt.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/die-leistungsluege.html>